

V16 Verwirklichung der UN-Charta und Stärkung des Völkerrechts

Antragsteller*in: Eddie Arriaga Flores (LV Grüne Jugend Hamburg)

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

Die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (UN) war ein wichtiger Schritt Richtung Frieden, trotz Mängel, die sich über die Jahre erwiesen haben. Genau deswegen ist es wichtig, die UN nicht durch neue, von Autokraten gestützten Gremien wie Trumps Friedensrat zu schwächen, sondern dass sie durch gezielte Reformen ihren Potenzial als Friedensbringer erreicht. Die UN-Charta hat folgenden Präambel:

“Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen,

- künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,
- unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen,
- Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können,
- den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern,

und für diese Zwecke [...] haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.”

Um eine Verwirklichung dieser Vorsätze zu gewähren, braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit der heutigen neokolonialen Weltordnung.

Für die Bewahrung künftiger Geschlechter vor der Geißel des Krieges

Obwohl die UN dafür sorgen sollte, dass es keine Kriege mehr gibt, leiden immer noch sehr viele Menschen in Kriegsgebieten und viele müssen fliehen. Das ACLED berichtet, dass 2025 über 240.000 Menschen ihr Leben in einem bewaffneten Konflikten verloren haben. Internationale Völkerrechtsmechanismen agieren reaktiv anstatt präventiv, und schützen derzeit nicht die Interessen aller Nationen, sondern der Eliten und Kolonialmächte.

Krieg entsteht nicht in einem Vakuum, sondern wenn ein Staat seine wirtschaftlichen oder ideologischen Interessen in einem anderen Land nicht mehr durch diplomatischen Druck durchsetzen kann (oder möchte) und auf militärische Gewalt zurückgreift. Diese wirtschaftlichen Interessen stimmen selten mit dem Wohlbefinden der Zivilbevölkerung überein, sondern dienen der Profitmaximierung von Eliten und Großkonzernen.

Dass Ölkonzerne und Fleischwirtschaft weiterhin ihre Produkten auf Kosten unserer Zukunft verkaufen, ist uns bewusst. Genauso möchte der militärisch-industrielle Komplex, dass Waffen weiterhin zum Einsatz kommen – selbst wenn

38 das heißt, dass zahlreiche Menschen dafür ihr Leben verlieren. Auch wenn
39 Waffenlieferungen in Konfliktregionen wie eine sinnvolle, kurzfristige Lösung
40 erscheinen, können sie langfristige Auswirkungen haben. So leiden bspw. FLINTA*s
41 in Afghanistan weiterhin unter bewaffneten Gruppen, die in den 80er Jahren von
42 westlichen Staaten finanziert wurden. Es braucht dringende, umfassende Reformen
43 in der internationalen Zusammenarbeit, so dass es zu keinen Kriegen mehr kommt.

44 Für Grundrechte, Menschenwürde und Gleichberechtigung aller Nationen - ob groß
45 oder klein

46 Die UN hat das Ziel, jedem Mensch ein Leben in Würde zu ermöglichen – unabhängig
47 von der Herkunft und Staatsangehörigkeit. Aber solange ein Staat die Möglichkeit
48 besitzt, wirtschaftlichen und militärischen Druck erfolgreich und widerstandslos
49 auf ein anderes Land auszuüben, kann diese ideelle Vorstellung nicht vollendet
50 werden. Denn die größten Folgen von asymmetrischem Handel, Waffenexporten und
51 der übermäßiger Produktion tragen nicht wir in Europa, sondern Menschen in
52 Entwicklungsländern.

53 Industrieländer sorgen in einer Fortsetzung kolonialer Machtverhältnisse dafür,
54 dass es so bleibt. Die Konsequenzen sind klar: Hunger, Umweltzerstörung,
55 Stellvertreterkriege und ein unerfülltes Selbstbestimmungsrecht. Handelsabkommen
56 wie Mercosur verdeutlichen dieses Problem – wo Europa eine Stärkung der eigenen
57 Autonomie anstrebt, kommt es in südamerikanischen Ländern zu mehr Abholzung,
58 einem verstärkten Einsatz von Pestiziden und Produkten niedrigerer Qualität im
59 eigenen Markt.

60 Kooperation auf wirtschaftlicher Ebene, Wissenstransfer und das Anstreben
61 gemeinsamer Standards können zur Überwindung dieser Spaltungen beitragen. Die
62 Europäischen Union ist ein großartiges Beispiel dafür. Diese Strategie ist
63 jedoch nur dann erfolgreich, wenn die beteiligten Partner vergleichbare
64 wirtschaftliche Stärke und gemeinsame Standards aufweisen. Ansonsten besteht die
65 Vorherrschaft eines Staates über einen anderen, die jederzeit ausgenutzt werden
66 kann, wie in der diesjährigen Grönlandkrise. Deshalb ist es unerlässlich, sich
67 für die Beseitigung der globalen Einkommensungleichheit aller Staaten und ihrer
68 Bürger*innen einzusetzen.

69 Für die Erschaffung von Gerechtigkeit und die Achtung des Völkerrechts

70 Die UN kann aktuell nur beschränkt völkerrechtswidrige Angriffe vorbeugen und
71 inadäquat auf sie reagieren. Wenn demokratisch gewählte Regierungen während des
72 kalten Kriegs gestürzt wurden, hat oft ein Vetorecht dafür gesorgt, dass dies so
73 geblieben ist. Staaten, die Arbeiterbewegungen unterstützen oder für
74 Umweltschutz eintreten, wurden sanktioniert.

75 Industrieländer finanzieren die Parteien, die ihnen uneingeschränkten Zugang auf
76 strategisch relevante Rohstoffe gewähren – ohne jegliche Rücksicht auf
77 Umweltschutz oder das Wohlbefinden der Menschen vor Ort. Dies sorgt oft für
78 langwierige inner- oder zwischenstaatliche Konflikte, die in bewaffnete Gewalt
79 übergehen, z.B. Erdöl in Venezuela und Westasien oder Schwermetallen in Kongo
80 oder Myanmar. Angesichts des zunehmenden Klimawandels ist zu erwarten, dass auch
81 unverzichtbare Ressourcen wie Getreide und Wasser in naher Zukunft zu
82 Konfliktgegenständen werden.

83 Wer am Ende am meisten leidet: Zivilist*innen. Die Gremien der UN müssen deshalb
84 so gestärkt werden, dass wir die aktuellen und bevorstehende Krisen gemeinsam

- 85 bewältigen können, und eine egalitäre Zusammenarbeit ermöglicht wird, um die
86 Gleichberechtigung der Staaten zu gewährleisten.
- 87 Für die Förderung des sozialen Fortschritts und eines besseren Lebensstandards
88 in größerer Freiheit
- 89 Obwohl UN-Programme zur Überwindung beitragen, leben viele Menschen auf der Welt
90 immer noch in Armut. Menschenrechte und Wohlstand werden oft gegeneinander
91 ausgespielt – Arbeit und Ressourcen müssen günstig bleiben, eine Verbesserung
92 der Arbeitskonditionen wird sofort mit Androhungen von Kapitalflucht begegnet.
93 Das ist über Ländergrenzen gleich.
- 94 Der soziale Fortschritt darf nicht unterdrückt werden – weder von reicheren
95 Ländern, noch von den Machthaber*innen im eigenen Land. Aktivist*innen wie Chico
96 Mendes, Ken Saro-Wiwa oder Berta Cáceres, haben ihr Leben verloren, weil sie
97 gegen diese Ungleichheiten im eigenen Land sowie in einem globalen Kontext
98 gekämpft haben. Viele Menschen haben in Industrieländern vor solcher Gewalt
99 Zuflucht genommen.
- 100 In einem politischen Kontext, der zunehmend Geflüchteten zu Feinden macht,
101 dürfen wir unsere kollektive Teilhabe an den Fluchtursachen nicht vergessen.
102 Durch gezielte Entwicklungshilfe können wir sicherstellen, dass kein Fortschritt
103 und keine Freiheit auf Kosten anderer entsteht, und dass jeder Mensch das eigene
104 Leben in Würde und Freiheit leben darf.
- 105 Die GRÜNE JUGEND Hamburg war, ist und bleibt ein antikolonialer Verband - denn
106 Selbstbestimmung und Wohlstand nicht auf Kosten anderer entstehen dürfen.

Begründung

Erfolgt mündlich.